

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungspreis: 120 Mark pro Jahr  
Anzeigenpreis: 10 Mark pro Zeile und Woche  
Einzelpreis: 1 Mark

Postamt: Amt Leipzig Nr. 1998  
Telegraphenamt: Amt Leipzig Nr. 1998

Telegramm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1998.

Nr. 214

Sonnabend, den 13. September 1924

19. Jahrgang

### Reichsregierung und Völkerbund.

Der frühere Reichstagspräsident und sozialdemokratische Abgeordnete Böhme hatte vor einiger Zeit in einem Brief an Dr. Stresemann den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befohlen. „Die Zeit“, die mit die Wünsche Dr. Stresemanns wieder gibt, hat darauf in einem Artikel geantwortet in dem sie vor einem überhasteten Vorgehen Deutschlands und einer Erledigung dieser Frage im Stillen warnt. Sie gibt zu, daß Böhmes Aufforderung berechtigt wäre, wenn Macdonald der beherrschende gute Geist des Völkerbundes wäre. Sie meint aber, daß der französische Ministerpräsident Herrriot in seiner Genfer Rede Bedingungen gestellt hätte, die für Deutschland unannehmbar seien.

Diese Auffassungen des völkerverständlichen Organs haben im In- und Auslande eine Beachtung gefunden die vielleicht doch etwas übertrieben ist. Denn es scheint uns doch zweifelhaft ob die „Zeit“ die Auffassung Dr. Stresemanns richtig wiedergibt, oder ob es sich nicht viel mehr um eine Redaktionsarbeit handelt, die vielleicht auf Informationen älteren Datums zurückgeht und sich nicht mehr in allen Punkten mit den Auffassungen des Reichskabinetts deckt. Denn es ist doch nicht zu verkennen, daß die Beurteilung der Stellungnahme Herrriots zu dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wie sie in der „Zeit“ zum Ausdruck kommt auf einer übertriebenen mißtrauischen Auslegung der Worte des französischen Ministerpräsidenten beruht, die keineswegs allgemein geteilt wird. Wie sich beispielsweise aus einer Neutermeldung ergibt, wird in zweifellos gut unterrichteten englischen Kreisen in Genf ganz im Gegensatz dazu angenommen, daß Frankreich keinen Einwand dagegen erheben werde, wenn Deutschland einen scheinbaren Sitz im Völkerbund erhalte. Deutschland solle keineswegs eine neue Unterzeichnung des Versailleser Vertrages und eine neue Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands zugemutet werden. Die Meldung der offiziellen englischen Agentur schließt mit der Feststellung, daß der Zeitpunkt für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nunmehr von ihm selbst abhängt.

Diese englische Stimme kann unserer Auffassung nach nicht unbeachtet gelassen werden. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland sich nicht zum Eintritt in den Völkerbund drängen darf denn es hat mit dieser Institution bisher manche schlechte Erfahrungen gemacht. Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß Deutschland nicht auf die Dauer seinen Eintritt in den Völkerbund aus einer bloßen Verzögerung heraus verzweifeln darf, wenn es dazu von denjenigen Mächten, auf die wir uns in unserer internationalen Politik vor allem stützen müssen, insbesondere von England in so dringender Weise eingeladen wird. Es kann dem nächsten Beobachter der internationalen Lage doch nicht entgehen, daß der Völkerbund sich mehr und mehr durchzusetzen beginnt, und daß Deutschland deshalb ihn nicht mehr als eine Einrichtung von zweifelhafter Dauer von zweifelhaftem Wert beiseite lassen kann. Wir können uns nicht auf eine Stufe mit Amerika und Rußland stellen, denn Amerika ist ein Erdteil für sich und steht in der Größe seiner politischen und wirtschaftlichen Macht da. Rußland aber lehnt den Völkerbund um der bolschewistischen Grundzüge willen ab, mit denen wir nichts gemeinsam haben können und wollen.

Sehr beachtenswert scheint uns auch was ein erprobter Freund Deutschlands, der amerikanische General Allen über den Völkerbund gesagt hat. Allen, der in seinem Vaterlande in ausdauernder Weise die Sammlungen für die notleidenden deutschen Kinder gesammelt und in seinem Rheinlandtagbuch die Wachen der Franzosen im besetzten Gebiet mit extremer Unerschrockenheit und Unerschrockenheit gezeichnet hat, hat Deutschland bringend zum Eintritt in den Völkerbund und zwar im gegenwärtigen Augenblick. Er meint, daß Deutschland auch in der oberstelektischen Frage ganz andere Ergebnisse erzielt hätte, wenn es damals bereits Mitglied des Völkerbundes gewesen wäre. Denn wenn es erst mit am Rande der Verhandlungen gewesen wäre, dann sei es nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Weltpolitik, dann könne es sich in die Lage, selbst sein Schicksal mitzubestimmen. Allen fürchtet, daß eine für Deutschland so günstige Konstellation sich vielleicht so bald nicht wieder bieten werde. Diese Ausführungen scheinen uns doch sehr der Beachtung wert. Wiederholung ist gewiß nicht am Platze; die Politik der verpönten Gelegenheiten, die wir in der Vergangenheit so oft und mit so verhängnisvoller Wirkung getrieben haben, auch jetzt noch fortzusetzen, wäre aber ebenfalls nicht ratsam.

Genf, 11. Sept. In einer Versammlung der internationalen Unterzeichnervereinigung für den Völkerbund, die gestern abend unter dem Vorsitz Macdonalds

### Die Räumung der Dortmunder Zone.

#### Der Rückzugsbefehl

Abzug der 3. französischen Division Ende des Monats.

Genf, 11. Sept. Gemäß einem Befehl des kommandierenden Generals des 32. Armeekorps soll die dritte französische Division, die den Dortmunder Bezirk besetzt hat aus der Besatzungszone herausgezogen werden. Das 27. Infanterieregiment in Recklinghausen soll bis zum 27. September abgezogen sein. Für diese Truppe kommen diejenigen Teile des 18. Dragonerregiments nach Recklinghausen, die zurzeit in Tarmund liegen.

Die Stützpunktsstellen, die Reglebahn usw. sollen im Recklinghauser Bezirk bis zum 30. Oktober vollständig abgebaut sein, während der Abbau der Postverwaltungsstellen zum 15. September ab erfolgt.

Militärische Räumung Oberhausens bis 18. September.

Oberhausen, 10. Sept. Seit dem gestrigen Tage beginnen die französischen Truppen mit dem Abtransport von Material und Ausrüstungsgegenständen. Wie der Kommandant der Besatzungstruppen der Stadtverwaltung mitteilt, wird der Abzug der Truppen am 18. September beendet sein.

Stattd. sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Breitfeld. Er befragte den Vertreter Deutschlands zum Völkerbund, wobei Deutschland eine seiner politischen Bedeutung entsprechende Stellung einnehmen müsse. Eine Erneuerung der Unterzeichnung unter dem Versailleser Vertrag dürfe man von Deutschland nicht verlangen. Branting erklärte, die Frage der Stellung Deutschlands gegenüber dem Völkerbund sei außerordentlich ernst und wichtig. Er hoffe, daß die 5. Völkerbunderversammlung nicht auseinandergehen werde, ohne eine Aufforderung an Deutschland zum Beitritt gerichtet zu haben.

#### Frankreich erwartet Reichstagsneuwahlen.

Genf, 11. Sept. Der Pressevertreter der „Reinischen Volkszeitung“ hatte Gelegenheit mit einem der nächsten Mitarbeiter Herrriots über die französische Auffassung zur Kriegsschuldfrage ausführlich zu sprechen. Aus den Ausführungen des Franzosen geht hervor, daß französischerseits alle Hinweise auf Dokumente und geschichtlichen Tatsachen immer wieder mit den bekannten Einwänden abgelehnt werden. Sollte Deutschland, so heißt es in den Äußerungen weiter, tatsächlich zur Restitutionsfrage der Kriegsschuld des Reichskanzlers übergehen, dann solle man sich in Deutschland darüber klar werden, daß unter Umständen Frankreich alles daran setzen werde, die Kriegsschuldfrage vor das Haagser Schiedsgericht zu bringen und dessen Entscheidung herbeizuführen. Dann aber würde die Angelegenheit für Deutschland eine höchst unangünstige Wendung nehmen.

Auf die Frage nach der Auffassung über die Regierungsumbildung in Deutschland wurde darauf hingewiesen, daß es jetzt für die gesamte europäische Lage höchst günstig sein würde, wenn die deutsche Regierung das Parlament schon jetzt auflösen wollte. Mit einer Reichstagsauflösung und Neuwahlen wird in Paris bestimmt gerechnet. Die Rechts- und Links-Parteien des Reichstages und namentlich die Kommunisten würden bei den Neuwahlen sehr viel Einbuße erleiden.

#### Wieder 20 Goldmillionen bezahlt.

Die Londoner Zahlungen.  
Genf, 11. September. Die nach dem Londoner Haft heute fällige zweite Rate der Reparationszahlungen von 20 Millionen Goldmark ist im Laufe des heutigen Tages an den Agenten für Reparationszahlungen abgeliefert worden.

#### Die amerikanischen Bankiers und die Ruhr.

Washington, 9. Sept. Heute wird dem „Universal Service“ von den unterrichteten Seiten aus Genf gemeldet, daß die amerikanischen Bankiers hätten Frankreich und Belgien darüber unterrichtet, daß die Ruhr-Räumung unter der Bedingung für die Ausgabe der Deutschlandanleihe sei. Die amerikanischen Finanzmänner würden nicht um Haarsbreite von ihrem Standpunkt ab.

Genf, 11. Sept. Wie verlautet, werden die Beamten des Zollamtes Hörde spätestens am Sonntag den 14. September, von Hörde zurückgezogen. Ein großer Teil der französischen Besatzungstruppen ist schon vor längerer Zeit abgezogen worden. Wann der Rest der noch etwa 80 Mann beträgt folgen wird ist noch unbekannt.

#### Räumung des Hafens von Karlsruhe am 30. September.

Karlsruhe, 11. Sept. Der französische Hauptkommandant gibt heute früh bekannt, daß die Befreiung des Oberrheingebietes erst am 30. September aufgegeben wird.

#### Die Aufhebung der Zollämter.

Die belgischen Zollämter an der deutsch-niederländischen Grenze werden am 21. September aufgehoben. Die Zollkontrolle an der deutsch-niederländischen Grenze im besetzten Gebiet wird gleichzeitig wieder von den deutschen Behörden übernommen.

#### Beginn der Haftentlassungen im Ruhrgebiet.

In der Frage der Haftentlassungen im Ruhrgebiet erfahren wir, daß seit Mittwoch mittags die Entlassungen in den einzelnen Orten in die Wege geleitet worden sind. Im ganzen handelt es sich wohl um etwa 300 Personen, die noch freigegeben werden müssen. Im Laufe des Donnerstag werden auch in Dandau an der Pfalz Gefangene freigelassen.

Paris, 11. Sept. Offiziell wird in Paris mitgeteilt: Gemäß Art. 7 Anhang 3 des Londoner Protokolls wurden 51 Deutsche aus den Gefangnissen im Ruhrgebiet in Freiheit gesetzt. Darunter befinden sich 36 Untersuchungshäftlinge und 15 Beurteilte. Die Anstaltsmaßnahmen werden eifrig fortgesetzt.

#### Neue Preisentung vorbereitet.

Die Wirkungen der 10prozentigen Frachtermäßigung.

Berlin, 11. September. In den nächsten Tagen soll eine sehr bedeutende Minderung im deutschen Wirtschaftsleben bevor. Wie der „Tag“ erfährt, ist auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers Hamm eine allgemeine Verbilligung eingeleitet worden, die sich auf alle Teile des deutschen Wirtschaftslebens beziehen wird.

Der Zweck ist, unsere Wirtschaft wieder mit dem Ausland wettbewerbsfähig zu machen.

Der Grund dazu muß zunächst durch eine Herabsetzung der Eisenbahnfrachten gelegt werden, worüber zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsverkehrsministerium Verhandlungen schweben, die voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen werden. Es handelt sich um eine Herabsetzung der Frachten um durchschnittlich 10 Prozent. Die nächste Folge wird sein, daß die Kohlenpreise in demselben Ausmaß fallen. Eine Verbilligung der Frachten um 10 Prozent würde bei Steinkohle auf den Zentner etwa 8-10 Pf., bei Braunkohle etwa 5 Pf. ausmachen.

#### Demokratische Kundgebung gegen den Bürgerblock.

General von Deimling gegen die Kriegshetze.

Frankfurt a. M., 10. Sept. In Frankfurt sprach gestern General v. Deimling in einer Versammlung die von der Demokratischen Partei veranstaltet war. Der General wandte sich gegen die Kriegshetze die immer noch nicht begriffen haben oder begreifen wollen, daß die Wiederaufrichtung der Monarchie nicht nur den Krieg, sondern den Untergang des Reiches bedeuten würden. Die ganze Welt würde sich gegen uns zusammenschließen, die Rheinlande würden sofort vom Reich getrennt werden. Deshalb hat jeder Deutsche der das Herz auf dem rechten Fleck hat, die ständige Pflicht, die Republik zu respektieren. Die Erstarrung in alten Formen führe zum geistigen Niedergang und zum Tode. Kein Volk könne von der Tradition allein leben. Der General fordert den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Deutschland hätte die Einladung Macdonalds sofort annehmen müssen. Wir könnten nur gewinnen, wenn statt des Voincarismus das Völkerverständnis regiert. Statt dessen aber verbrennen wir uns den Kopf über die Kriegsschuldfrage. Die Frage der Kriegsschuld ist für uns hoch bedeutsam und umso bedeutsamer ist es für uns ein Kriegsgeld für die Deutschenationalen herbeizuwürfen. Die Rede spielte in dem Ruf, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu wirken. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung bekennt sich zur Fortführung einer Politik der Verständigung nach außen und zur Verteidigung und zum Ausbau der demokratischen deutschen Republik. Aus diesem Grunde warnt die Versammlung aufs dringlichste vor der Schaffung eines Bürgerblocks, der die soziale Klassenerkämpfung in unserem Volke vertieft und die bisherigen Werte der Republik auslöschen würde. Sie ruft auf zum engeren Zusammenhalt der deutschen Republikaner und fordert von Reichsregierung und Reichstag die Umwandlung zum Völkerverständnis.“